

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
16 (1902)**

47 (25.2.1902)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-309342](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-309342)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes. Nebst der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis pro Monat incl. Frangirung 75 Pfg., bei Selbstbestellung 60 Pfg.; Druck des Blattes besorgen (Verwaltungssitz Nr. 5090), vierteljährlich 2,25 RM., für 2 Monate 1,50 RM., monatlich 75 Pfg., incl. Frangirung.

Redaktion und Expedition:
Sant, Neue Wilhelmshavener Straße 82.
Telephon-Anschluß Nr. 58.

Anzerate werden die fünfspaltige Corpusspalte oder deren Raum mit 10 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. — Anzerate für die laufende Nummer müssen bis 11 Uhr Vormittags in der Expedition oder in Subbenberg's Buchhandlung (Süd-Heiligen- und Wilschstraße) aufgegeben sein. Größere Anzerate werden früher erbeten.

Nr. 47.

Sant, Dienstag den 25. Februar 1902.

16. Jahrgang.

Der Polizeistaat.

Das Sozialistengesetz, das seiner Zeit so verflucht auf unter politisches Leben einwirkte, daß es allen Parteien — auch wenn sie das nicht ausdrücken — schließlich überläufig wurde, verliert der Polizei eine Machtstellung, wie sie dieselbe nicht einmal in normaler Zeit befehlen hätte. Jeder als Sozialdemokrat bekannte Staatsbürger stand wie ein bestrafter Verbrecher unter Polizeiaufsicht; er mußte täglich und stündlich darauf gefaßt sein, beaufsichtigt oder verhaftet zu werden. Jeder sozialistische Abgeordnete in Berlin hatte seinen Privatpapiere hinter sich, der ihn auf allen Wegen verfolgte und überwachte. Fast jeder Tag brachte politische Prozesse, zu denen die Polizei das Material herbeischleppte hatte. Dazu kamen tausend große und kleine Erfolge, die man auf das Sozialistengesetz begründen konnte und die zahlreiche Festnahmen herbeiführten. Verhöre von Zeitungen und Wächern, Schließungen von Wirtschaften, Ausweisungen und Restriktionen waren etwas Alltägliches. Die Polizei hat viel Arbeit geleistet in jenen zwölf Jahren. Man würde sich damals im deutschen Volke erst so ganz klar, was der Polizeistaat bedeutet.

Merkwürdig lag die Polizei sich im Kampfe mit der Sozialdemokratie trotz ihrer Überlegenheit oftmals die empfindlichsten Schlägen zu. Die Entfallungen über das Hochverratsgesetz in der Schweiz, die Wohlgeburts-Affäre und Ähnliches waren zerstückelnde Niederlagen. Noch in dem von einem strebsamen Staatsmann so mühselig konstituierten Riesen-Gesamtwahlprozess zu Eberfeld — der brave Mann wollte alle als Sozialdemokraten bekannten Deutschen hinter die schweizerischen Gardinen bringen! — denach sich ein in die Enge getriebener Spiegel so ungeschickt, daß der Staatsanwalt verwirrt aufrief: „Sie haben die Polizei der ganzen Monarchie diamant!“ Die Erbitterung im Volke gegen gewisse Polizeidiagnosen und der Haß namentlich gegen den Polizeiminister von Büttner hatten einen Grad erreicht, wie man befehlen bei uns kaum jemals gekannt hat. Das Sozialistengesetz ist, schon lange unzulässig geworden, und den Schaden gab es einige politische Intriganten, die den alten Bismarck stützen wollten, der dann auch richtig über den Reizman des Sozialistengesetzes stolperte und purzelte.

Mit dem Verschwinden des Sozialistengesetzes schwand aber nicht die Macht der Polizei. Sie blieb zwar nicht so mächtig, wie in den zwölf Jahren des Ausnahmestandes, allein die Steigerung ihrer Macht wurde auch noch dieser Periode noch fühlbar genug. Sob sich doch ein Staatssekretär genötigt, sich vor den Maschinen einseiner, im Geheimen arbeitender und sehr mächtiger Polizeidiagnosen, in die Öffentlichkeit zu wagen. Der interessante Prozeß, der darauf folgte, zeigte dem erhabenen Deutschland, wie innerhalb des sogenannten Rechtsstaates ein vollkommen aufgehobener Polizeistaat besteht, und daß die Machtvollkommenheiten von dessen Organen unter Umständen weiter gehen, als die eines Ministers.

Da die Sozialdemokratie hat sich die Polizei die Finger gründlich verbrannt. Allein es sind in unserem Staatsleben Kräfte thätig, welche immer noch die alte bundestagliche Praxis innehalten, die Sozialdemokratie mit der Polizei zu behandeln. Diese Behandlung ist mit dem offenen politischen Kampfe gegen die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung nicht erschiedlich. Es bestehen staatliche Dispositionsfonds, die von den kaiserlichen Behörden der Volkserretungen regelmäßig bereitwillig werden und über deren Verwendung keine Rechenschaft abzulegen ist. Wenn man diese Fonds verwendet, um eine geheime Kriminalpolizei für Überwachung des „nationalen“ und „internationalen“ Verbrecher- und Gaunerthums zu unterhalten, so ließe sich das mit den traurigen Zuständen von heute erklären. Aber aus diesen Fonds wird eine politische Geheimpolizei befohlen, die eine geheime Überwachung ausübt, von der natürlich die Sozialdemokratie in erster Linie betroffen wird. Zweifelhafte Individuen erhalten den Auftrag, sich als angehende Genossen in die sozialdemokratische Bewegung einzuschleichen, die Mitglieder auszuheben und Verdächtige zu werden. Mit dem letzten Auftrag haben sie bis jetzt allerdings kein Glück gehabt. Wird doch ein Eingeschleicher

entlarvt, so wird ihm von denen, die ihn beauftragt, der Rückzug gebietet oder seine weitere Ausfahrt über ihn gegeben. Fälle dieser Art sind in letzter Zeit vorgekommen in Berlin, in München, in Düsseldorf usw.

Der Rechtsstaat wäre verpflichtet, eine solche Befähigung von Staatsbürgern, die in keiner Weise gegen die Gesetze verstoßen, nicht zu dulden. Lieber die Befolgung der Gesetze wagt ja die Justiz.

Dazu kommt, daß die sozialistische Propaganda absolut keine Heimlichkeiten kennt. Unter dem Sozialistengesetz wurde sie von der politischen Oberfläche verdrängt und mußte die Heimlichkeit aufsuchen. Welchen Zweck sollte das heute haben?

Wirds gibt es unter den Staatsweisen von heute nicht wenige, welche so wenig gelernt haben, daß sie die Sozialdemokratie immer noch für eine „Verständigung“ und nicht für eine Partei des offenen Kampfes ansehen. Dummne Professoren unterliegen die kindliche Auffassung. Wenn ein solcher z. B. in einem gelehrten Werke gelegentlich die Wohlgeburts-Affäre sagt, die Sozialdemokratie hätte an der schweizerischen Grenze „Attentate vorbereitet“, so kann man so kann man sich nicht wundern, wenn das „lurchele Spielbürgerthum“, das nicht weiß, was es von den „Hochpfeilern“ halten soll, dies glaubt. Und in den „höheren Regionen“ macht man sich die Vorurteile dieser Art dann zu Klagen oder man theilt sie.

Aber die Anarchisten?

Nun, es geht unter diesen verschiedenen Richtungen. Manche sind nur mit der Theorie beschäftigt und ganz harmlos; kein Mensch würde auf sie achten, wenn nicht ab und zu die Polizei die öffentliche Aufmerksamkeit auf sie lenken würde. Die Männer der „Propaganda der That“, die Gjolosa, Brecki u. a. aber sind nicht so lebenswichtig, ihre etwaigen Vorposten vor der Polizei anzuzeigen. Gegen diese Richter ist die Polizei ganz ohnmächtig. Wohl aber mag es sein, daß die Hochpfeiler bei einzelnen Manifesten den Gehirnanatom zum Ausdruck gebracht und Vorposten angeregt haben. Man denke nur an die Dammtheten der überreichlichen Polizei, welche durch Hochpfeiler von den Desertern eine Anzahl unerfahrener Arbeiter zu einer „Verständigung“ verlocken ließ und sie dann im letzten Augenblicke als „Anarchisten“ festnahm. Einmal wollte diese Polizei sogar an den Reiterden der „Anarchisten“ die Penale entlocken haben, an denen sie die Bomben getragen haben sollten. Solch verbrecherisches Vorgehen ist für uns geeignet, den Anarchismus zu fördern.

Der Anarchismus kann mit Erfolg bekämpft werden durch den Sozialismus und durch soziale Reformen. Wenn man kein anderes Mittel gegen ihn hat als öffentliche und geheime Polizei, kann man ihn gar nicht anbahnen.

Karl Marx verwarf schon im Jahre 1847 die geheime Propaganda, er hielt gar nicht davon und verwahrte sich auch später auch auf das Gesichtsbildliche dagegen, daß die alte bürgerliche Verchwörungsliege auf die internationalen Arbeiter-Affiliation übertrug. Die Sozialdemokratie von heute hat in diesem Punkte ganz die alten Anschauungen. Sie sucht sich politische Macht zu erlangen, indem sie die Gesellschaft mit ihren Anschauungen durchdringt und den Klassenkampf organisiert; aber sie ist weit entfernt von jenem Blanquismus, der glaubte, die politische Macht zu gewinnen, indem er sich mit einem durch Verchwörung vorbereiteten Pandämonium in den Besitz der Staatsgewalt setzte. Dieser Blanquismus existiert in Deutschland nur als Gespenst, das in den Träumen „gewiegter“ Politiken und „Kriminalisten“ spukt.

Die Regierung thäte thut, die Spitzelien und Schmeißer, wie sie in letzter Zeit wieder vorgekommen sind, zu verhindern. Sie haben keinen anderen Erfolg, als die Arbeiter zu erbittern. Die Arbeiter sind nicht so demüthig als eine Spießbürger, die alle Polizeiverfahren als eine Fügung der Vorsehung hinnernehmen. Die Arbeiter besitzen Mangelthum und haben ihre eigene Auffassung von der Polizei. Die politische Polizei halten sie für gar nicht existenzberechtigt.

Wenn die Regierungen aber lieber erbitterte Arbeiter haben wollen — nun, daran wird es nicht fehlen.

Politischer Kundschau.

Deutsches Reich.

Im Reichstage kam am Sonnabend in Folge ununterbrochener Interpellation die rechtswidrige Behandlung des Preussener Arbeitersekretariates zur Sprache. Obgleich der § 35 der Gewerbeordnung klar und deutlich bestimmt, daß nur solche Betriebe der polizeilichen Anmeldung bedürfen, die gewerbetreibende fremde Rechtsangelegenheiten betreiben, hatte dennoch die Preussener Polizeibehörde unseren Genossen Dr. Winter, dem dortigen Arbeitersekretär, mit einer Geldstrafe belegt, weil er seinen Betrieb nicht angemeldet habe. Das ungeheuerliche ist nun, daß diese fahrlässige Auslegung eines Gesetzesparagraphen sowohl vom Preussener Landgericht, als auch vom Breslauer Oberlandesgericht bestätigt wurde. Die Begründung der Interpellation gab Genosse Koch, der den Grafen Posadowsky an seine 1899 gegebene Rede erinnerte, worin dieser die Erklärung abgegeben hatte, daß Arbeitersekretariate nicht als gewerbetreibende Betriebe angesehen seien. Unter Redner wies darauf hin, daß es doch nicht anständig ist, die Arbeitersekretariate, die jedem unentgeltlich Auskunft in Rechtsfragen erteilen, mit den Winkelconfulaten auf eine Stufe zu stellen. Mit der Antwort, die Graf Posadowsky gab, konnten sich unsere Genossen, wie Singer erklärte, zufrieden geben und wurde von einer Befragung der Interpellation abgesehen. — Bisher war der Ministerrat erledigt worden. Demvorgehen aus demselben ist nur, daß beim nächsten Etat der Zentrumsabgeordnete Dr. Bachem als Berichterstatter die Angriffe des sachlichen Finanzministers a. D. Wob auf gegen den Reichstag wegen seiner angeblich die Einzelstaaten bedrückenden Finanzpolitik zurückwies.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde am Sonnabend die Beratung des Etats des Ministers des Innern der überfüllten Tribünen fortgesetzt. Die angelegentlichste Abrechnung Eugen Richters mit dem Minister hatte den Anbruch von den Tribünen verursacht. Nach einer etwas langweiligen Rede des Zentrumsabgeordneten Ritz, der sich wieder darüber beklagte, daß im Rheinland die Ultramontanen von den Nationalliberalen bei der Bildung der Wählerabteilungen über die Dörfer gehaunt worden seien und sich darum wohl nur gegen die Nichtbefähigung des Herrn Kaufmann in Berlin aussprach, domierte der nationalliberale Abgeordnete v. Eynern gegen die Besetzung des Bundes der Landwirtschaft. Anlaß dazu gab ihm die Rede des Abg. v. Jellitz von Tage zuvor, in welcher die Herren vom Bund der Landwirtschaft hingewiesen wurden als die Königtreuesten des Vaterland rettende Fribolone. Herr v. Eynern erklärte, daß die Agitation des Bundes der Landwirtschaft viel wüßer sei, als diejenige der Sozialdemokraten, und trotzdem würden dessen Versammlungen nicht als politische angesehen. In geschickter Zusammenfassung schloß er eine Reihe von Aussprüchen der bündlerischen Führer auf, welche grimmige Beschuldigungen der Minister des Innern, ja des Königs selbst darstellten. Er meinte, es gäbe im Lande viele Leute, die, wenn sie zu wählen hätten zwischen dem bündlerischen Dietrich Olyn und einem Sozialdemokraten, sie dem Letzteren die Stimme geben würden. Auch über den Fall Kaufmann sprach sich Eynern scharf gegen den Minister aus. Von einer Nachprüfung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung könne keine Rede sein, wohl aber von einer Nachprobe, welche die Ratsmitglieder mit Erfolg gegen die Krone verliert hätten. Der Nationalismus des Herrn v. Eynern war natürlich nur darauf berechnet, dem König die eigene Regierungsfähigkeit darzustellen. Nach v. Eynern sprach Eugen Richter, welcher den Fall Kaufmann einer scharfen Kritik unterzog. Seine politenreue von häufigem Humor ermunterte Rede bedeutet eine Abrechnung nicht nur mit dem Minister des Innern, sondern mit unserer ganzen Regierungspolitik, mit den immer mehr in die Erscheinung tretenden „Blödsinnigkeiten“ und dem bündlerischen Streben, eine Kabinetregierung zu bilden, die große Ähnlichkeit hat mit der Regierung des letzten Kaiserthums von Hessen-Rußland. Unter diesem bunten befaßlich in Russisch nicht die geringste Ähnlichkeit, ja private bauliche Veränderung ohne seine Zustimmung getrieben werden. Mit besonderer Ironie kritisierte die

Wärchenbrunnengeschichte. Treffend transkribierte er die Jüllminister, die monatlich nicht Vortrag beim König halten dürfen, aber doch für alles ohne ein Wort des Widerspruches die Verantwortung übernehmen müßten, und deren Stellung im Grunde genommen genau so untergeordnet sei wie die der Kammerbeamten, die lediglich die Uebereinkünfte des Königs mit der Reichschart zu beschirmen hätten. Es war für den Abg. Richter ein leichtes, dem Minister zu zeigen, v. Hammerstein die zahlreichen Widerspruch in seiner Rede vor Augen zu führen und ihn nachzuweisen, daß er noch viel reaktionärer sei, als sein Amtsvorgänger v. Rheinbaben, den doch niemand ohne Uebereinkünfte Liberalismus beschuldigen könne. Wie immer führte Richter die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen bei der letzten Berliner Stadtverordnetenwahl — auf die reaktionären Tüden der Regierung zurück. Geradezu kläglich war die Antwort des Ministers v. Hammerstein auf die wichtige Anfrage Richters. Als parlamentarischer Redner, sagte er, sei er der Beruflichkeit Richters nicht gewachsen, doch werde er sich nicht dadurch aus seinem Beruf herauslösen lassen. Als die Beantwortung des Besuchs über eine solche nichtisagende Vertheidigung vorüber war, brach die Linke in schallenden Gelächter aus. Die Konventionen v. Seydenbrand und Hamburg-System vertheidigten den Minister, fügten aber nur in dem Gefühl, daß er ihr Mann ist, mit dem sie anfangen können, was sie wollen. Die Herren, die es jetzt für ganz in der Ordnung halten, daß der Minister die Gründe nicht mittheilt, warum Kaufmann nicht befähigt wird, haben vergessen, daß sie f. B. mit der Regierung sehr deutlich reden, als diese sich weigert, die Gründe anzugeben, aus welchen die gegen den Rats rebellierenden Landräthe gemahnet wurden. Nach diesen „einen“ Rängen trat ein Regierungsrath v. Falkenhahn für seinen Chef in die Bresche. Er brachte den Berlinern mit einem Regierungskommissar und warf dem Stadtverordnetenkollegium vor, nur aus Laune Herrn Kaufmann wiederbewerben zu haben. Sollten sie auf die Befähigung Kaufmanns warten, so würden sie dieses wohl bis zum St. Annenfesttag thun müssen. Herr Langenshan stellte darauf fest, daß der Herr Regierungskommissar mit seiner Attitüde für die beschriebene Rolle, die einem solchen Beamten zukommt, sehr überhaben hat. Herr Barth nahm den Junker v. Jellitz wegen dessen Vorwurf, er (Barth) sei sozialistisch angefallen, gehässig vor. Zu einer rückhaltlosen Erklärung der Parteibrechung der Sozialdemokratie ließ sich auch Herr Barth nicht herbei, sondern erklärte neben dem Bekenntnis, die Sozialdemokratie stets scharf bekämpft zu haben, daß die Regierung nur wünschen könne, daß an Stelle des Herrn v. Jellitz ein Sozialdemokrat einziehe, der für den Mittelstand, den ja v. Jellitz bekämpfte, stimmen werde.

Die Debatte über die Getreidepreise wird die Zolltariffkommission des Reichstages voraussichtlich weit über diese Woche hinaus beschäftigen. Schon jetzt stehen 15 Redner auf der Liste, und wenn irgendwo, so wüßte hier der Chor launig zu sein. Die Vertreter der verbündeten Regierungen werden gleichfalls in großer Zahl das Wort ergreifen. — Seitens der offiziellen Presse wird den Kompromisslern annehmend zum Nachgeben zugegeben mit der Retention, der Regierungsentwurf sei selbst schon ein Kompromiß. Gewiß ist er das, und zwar ein dem Agrarierthum viel zu weit entgegenkommendes. Besonders schmerzhaft wird diese Retention dem Herrn v. Pöbbeckel sein. Wie die „Wefestz.“ aus zuverlässiger Quelle erklärt, ist dieser Minister bis in die letzten Tage hinein um die Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle bemüht gewesen.

Die bündlerischen Bauern sind verunzufriedener als ihre deutschen Agrargenossen. Nach einer Kritik der Lage des „Verl. Tagbl.“ waren dieser Tage 600 bündlerische Landwirthe in Gisy auf Föhren versammelt, um Stellung zur Frage des Schutzzolls zu nehmen. Der Hauptredner, Gustav Richter, besprach, führte aus: „Der Kornzoll wirkt nur einmal. Wird eine Zolltariffanerkennung, so werden die Befragten theurer. Die neuen Befragten sind noch unzufriedener gestellt, nachdem die Vorgänger die Vortheile des Zollens in die Tasche gesteckt haben. In Deutschland haben die Kornzölle so gewirkt, daß man jetzt keinen

andern Ausweg weiß, als der Schraube ohne Ende noch eine Erhöhung zu geben." Die Bandwirthschaft nahm eine Resolution an, die im Wesentlichen lautet: "Wir Bauern wünschen keinen Zoll auf Korn und Futtermittel. Wir wünschen keinen Schutz auf Lebens-Arbeiter oder zur Vertheuerung des Rohunterhaltes unseres Volkes. Wir werden mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Errichtung von Zollschranken kämpfen, die uns den freien Verkehr mit dem Auslande unterbinden. Wir fordern dagegen Gleichberechtigung mit der Industrie für uns und unsere Arbeiter durch Aufhebung und Erhebung der Schutzzölle, die auf unsere Rohstoffe der Industrie durch den bestehenden Zolltarif gemindert werden, und eine gerechtere Vertheilung der Steuern zwischen Land und Stadt." An die letzte Bemerkung knüpft die "Kreuzzeitung" an, um abermals die Rückkehr zum Freihandel, als im Interesse der Bandwirthschaft liegend, wenn ihnen nicht "ausreichende" Schutzoll zugestanden werde, zu präbigen. Sie sagt: "Schon mehrfach, und ganz neuerdings wieder, haben wir unterrichtet ausgeführt, daß die Hinneigung zum Freihandel, dem unsere Bandwirthschaft bis vor wenigen Jahren laudativ, zum Theil auch noch heute, sich zu Gunsten der Gewerbetreibenden und des Handels einseitig stellen zu lassen." Also man los auf den Freihandel! Uns soll's recht sein!

Die Vollstreckung der Grenzverfahren gegen die Vieheinwanderung als "familiäre" Maßnahmen wird durch das vorliegende amtliche Material unumwunden dargestellt. Nach der letzten amtlichen Nachweisung über den Stand von Vieheinwanderung am 15. Februar 1902 sind in Deutschland zu dieser Zeit verurtheilt durch Maul- und Klauenseuche 298 Gehörte, durch Schweinepeste 651 Gehörte. Von den 651 Gehörten, die von der Schweinepeste befallen sind, entfällt fast die ganze Anzahl auf die preussischen Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen. In Bayern ist 3, in nur ein einziger Fall verurtheilt. Es sind also ausgedehnter in Deutschland 889 Gehörte verurtheilt, deren weitaus größter Theil auf die sächsischen Provinzen Preußen entfällt. Das ist das "nahezu ausschweifende" Uebeln, das Paradies der Jünger, das sich gegen die gesundheitsüberwachen ausländische Gäste schließt. Wie aber ist der Stand der Vieheinwanderung in diesem Auslande, dessen "verpeestetes" Vieh wir auspernen? Nach der vom Ende des Jahres 1901 kommenden Statistik betrug die Zahl der verurtheilten Fälle (Schweine- und Rindviehkrankheiten zusammengekommen): Niederösterreich 28, Oberösterreich 3, Salzburg 0, Steiermark 18, Rätien 13, Tirol 10, Böhmen 1, Böhmen 15, Wäyren 5, Schlesien 6, Galizien 117, zusammen 211. Die hier verzeichneten Seuchen betreffen fast ausschließlich Schweine. Verheutes Rindvieh kommt in Oesterreich fast gar nicht vor. Salzburg, Rätien, Tirol, die Epizootienländer für Bayern, sind also völlig seuchenfrei anzusehen. Böhmen, gegen das bis dahin absperrt, ist ebenfalls durchaus unbedenklich. In der Schweiz waren zur selben Zeit 6 Fälle von der Maul- und Klauenseuche, 6 von der Schweinepeste bemerkt — eine winzige Zahl. Die Statistik erweist demnach, daß nicht der mindeste gesundheitsliche Grund vorliegt, die Grenze weiter zu sperren, zumal die Kontrolle an der Grenze viel zuverlässiger ist als im Innern. Oesterreich ist der eigentliche Seuchenherd, während Oesterreich für einen gesunden Viehstandes erweist. Die Eröffnung der Grenze würde das Vieh nicht verlässlich, gesunde Thiere auf den deutschen Markt bringen, und infolge der Konkurrenz auch zur sorgfältigsten Pflege und strenger Seuchenüberwachung hinsichtlich des inländischen Viehes führen. Für die Grenzsperrung kann im Grunde keine sanitäre Rücksicht geltend gemacht werden, sie muß folglich so schnell wie möglich beseitigt werden. Das ist um so dringender, als die Viehpreise eine für die Volkswirtschaft immer unerschwinglichere Höhe annehmen.

Im britischen Landtage wurde am Donnerstag ein Antrag Ulrich u. Gen., die obligatorische staatliche Versicherung betreffend, beraten. Angeht die Erklärung der Regierung, daß bereits ein Gesetzentwurf über die Schlichterversicherung ausgearbeitet ist, der nur wegen der augenblicklichen Geschäftslage der Kammer noch nicht vorgelegt ist, beantragt der Ausschuss, daß der Antrag Ulrich u. Gen. für vorläufig erledigt erklärt werde. Dem stimmt die Kammer zu. Ein Antrag Ulrich u. Gen., die Regierung möge einen Gesetzentwurf über die Einführung der obligatorischen staatlichen Mobiliarversicherung vorbereiten, sowie ein Antrag des Abg. Röhrer-Dangendorf, der sich in derselben Richtung bewegt, wurden angenommen.

Germania to the front! Im Auftrage des Kaisers hat Prof. Ravi Wöhlung aus dem Kaiserpalast in China ein Bild zu malen, das den Titel führen wird: "Germania to the front!" (Deutschland vor die Front!) Wie der Titel zeigt, handelt es sich um den bekannten Vorgang aus der Expedition unter Lord Seymour im Juni 1900. Das Gemälde soll im Sternsaal des kaiserlichen Schlosses seinen Platz erhalten. — Wie wiederholt festgestellt worden, bedeutet der Befehl Seymours keineswegs eine besondere Auszeichnung der Deutschen, sondern nur eine im Augenblick gebotene selbst-

verständliche strategische Maßnahme. Die Truppen der anderen Nationen, die an der gefährdeten Expedition theilnahmen, haben genau so gut ihre Schuldigkeit gethan wie die Deutschen. Daß die Deutschen sich nicht außergewöhnlich epornirt haben, beweist schon die Thatfache, daß der Verlust des deutschen Detachements proportional nicht größer war als der der anderen Nationen aus.

Verboten bei Verlust der Einigen Selbstigkeit. Ein Beitrag zur baden'schen Freiheit der Wissenschaft. Von sehr gut unterrichteter Seite wird der "Berl. Volksztg." mitgeteilt: Die Kongregation für die Bestimmung der zu verordnenden Bücher unter dem Vorsitz des Kardinals A. Steinhilber S. J. aus Passau hat als verdächtiges Werk zur Prüfung eingefordert: Franz Laver Kraus, ordentlicher Professor der katholischen Kirchengeschichte an der Universität Freiburg i. Br., C. G. Grouer. Die Erhebung Paulus im XIX. Jahrhundert. Verlag von F. Rieder in Mainz 1902. Demnach ist als Zeit für den Inhaber wurde: Freiherr von Dettling, ordentlicher Professor der (katholischen) Philosophie an der Universität Würzburg, Augustin. In demselben Verlag: Geom. Beherrschung zu Händen der päpstlichen Nuntiatoren in München, gegeben: Rep. Ritter, Bischof von Nottenburg, Jesus Christus. In demselben Verlag: Betonen wurde die Durchsicht der angelegentlichsten Studie: Anton Koch, ordentlicher Professor der katholischen Moral an der Universität Tübingen. Die Moral des Heiligen Alfons von Siguori. Verlag von Dr. Josef Müller, München. — Ob das der Abg. Seidemann auch zur Freiheit der Wissenschaft gehörend betrachtet?

England. Ueber die Einkünfteverluste und Verluste der englischen Truppen in Südafrika enthält eine neuerdings in London veröffentlichte Liste nachstehende Angaben: Einnahme des englischen Heeres am 1. August 1899 9940, Verklärung bis 31. Dezember 1901 378 800, gefallene Offiziere und Mannschaften 4762, verwundete Offiziere 1685, verwundete Unteroffiziere und Mannschaften 19242, an Wunden oder Krankheiten gestorben und Offiziere 462, desgleichen Unteroffiziere und Mannschaften 13271, verabschiedete Offiziere 377, verabschiedete Unteroffiziere und Mannschaften 6306, Offiziere am 27. Dezember 1901 im Hospital 328, desgleichen Unteroffiziere und Mannschaften 11392, Stärke des Offizierskorps am 1. Januar 1902 8600, desgleichen Unteroffiziere und Mannschaften 229200. Diese Zahlen ergeben einen Gesamtverlust von 3321 Offizieren und 54975 Mannschaften, wobei aber möglicherweise ein Theil der Grabstätten in den verschiedenen Kategorien doppelt aufgeführt wird.

Italien. Eine Ministerkrise ist in Italien in Folge der Reichstentemwähl, welche ein Mißtrauensvotum für das Ministerium darstellte, ausgebrochen. Es wurden nämlich 142 unbeschriebene Stimmzettel abgegeben, wodurch der Vertrauensmann des Ministeriums, Villa, nicht die absolute Majorität erhielt. Darauf reichte Zanarbelli mit den anderen Ministern, außer Giustini, der aus Abneigung gegen das Ehe-scheidungs-gesetz ausgetreten war, ihre Entlassung ein. Man nimmt an, daß der König Zanarbelli wieder mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. In Turin ist der Versuch gemacht worden, einen allgemeinen Ausstand herbeizuführen um die Gasarbeiter in ihrem Kampf gegen die Gas-gesellschaft, welche sich weigert, in dem Streit-falle sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen, zu unterstützen. Bei den öffentlichen Demonstrationen ist es leider zu Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht gekommen, wobei auch zwei Karabinier getödtet worden sind.

Spanien. Die Nachrichten über die Unruhen in Catalaunen widersprechen sich. Die amtlichen Nachrichten lauten beruhigend, und sind auch in der Deputiertenkammer wie im Senat beruhigende Versicherungen abgegeben worden. Private Meldungen sind jedoch nicht so zuverlässig, sondern stellen die Lage als immer noch sehr ernst dar. Ein Telegramm nach einer Bonhoner Zeitung lautet: Nicht weniger als vier Armeeregimenten sind in der Stadt und dem Bezirk zusammen-gezogen worden und selbst jetzt haben die Rebellen nicht die Oberhand gewinnen können. Der Streik hat sich zu einem organisierten Aufstande entwickelt, der von Anarchisten und Carlisten geleitet wird, wie die Truppen angegriffen. Auf alle Hauptstraßen hat das Militär die Kanonen gerichtet und Kavallerie, Infanterie und Artillerie ist an den gefährlichsten Punkten stationiert. Diese Machtentfaltung schüchter das Volk keineswegs ein, scheint es vielmehr in Wuth versetzt zu haben. Es besteht eine vollkommene Schreckensterritorien. In der Vorstadt-Sonsgab es einen furchtbaren Kampf. Schwere Artillerie wurde in Aktion gebracht und bombardirt Straße auf Straße auf kurze Entfernung. Ein hartnäckiger Widerstand wurde geleistet. Man glaubt, daß etwa 500 Menschen dort getödtet oder verwundet worden sind. Die ganze Gegend ist in rauchende Trümmern verwandelt worden, denn ein Feuer brach aus und wölbte das Dach der Forderung durch die Artillerie. Viele unglückliche Frauen und Kinder fielen unter den Opfern. Starke Abtheilungen

Militär versuchten Provolant in die Stadt zu bringen, die Tumultuanten haben aber verhindert, daß Provolant auf dem Markt kommt. Um die wenigen Fleisch- und Bäckermagen, die sich auf die Straße wagten, gab es Handgemeins und in jedem Falle befehlten die Tumultuanten die Oberhand. Jeder Laden, der seine Thüre öffnete, wird sofort von der Menge angegriffen. Die Banken sind geschlossen und von ganzen Kompanien von Truppen besetzt. Die Haupt-bahn sind ebenfalls besetzt und der Bahnverkehr ist so gut wie eingestellt. In Madrid sollen große Demonstrationen entbrennen sein und schwere Kämpfe stattgefunden haben. Unter den in den Kämpfen Getödteten sollen sich auch Kinder befinden. Aufstände werden noch gemeldet aus Castellon, Saragossa und Valencia. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß Arbeiterausstände von Anarchisten und Carlisten bemut worden, ihre Parteizwecke zu fördern. Die Sozialisten haben überall von dem Generalstreik abgesehen und da, wo sie Einsatz haben, es auch durchgeführt, daß die Ruhe bewahrt blieb. Das heißblätige leicht aufbrauende Temperament des Spaniers beirradet sich nur schwer mit der sozialdemokratischen Taktik, das Proletariat gewerkschaftlich und politisch zu organisieren. In Madrid und im Theile des Ter ist es den Parteileitern gelungen, die Arbeiter vom Anschluß an die Aufständigen abzuhalten. Die Folgen der Politik, die den Arbeiter als Kuli ansieht und den Volksschulunterricht in den Händen eines unwissenden biogenen Plakentums verhandelt, ist schuld daran, daß die Arbeiter nur zu leicht sich von carlistischen und anarchischen Demagogien leiten lassen und sich zu Putschien mitbrauchen lassen. Die Republik von 1873 ist davon zu Grunde gegangen und die Entwidlung der sozialdemokratischen Partei wird dadurch gehemmt.

Amerika. Die amerikanische Weltwoche kann nun beginnen. Prinz Heinrich von Preußen ist gestern (Sonntag) Vormittag 11 Uhr im Reporter Hotel nach einer äußerst kümmerlichen Fahrt angekommen. Wenn die Festlichkeiten zu Ende sind, kann der Prinz nur einen Erholungsurlaub nehmen, um sich von den durchgemachten Strapazen auszurufen. Die Offiziere und ein Theil der Vereinigten Staaten ist von einem furchtbaren Wetter heimgesucht worden. Unten Sonnabend den 22. Februar wird von Newyork telegraphirt: Seit 22 Stunden verheißt hier ein Schneesturm, wie er seit dem Jahre 1888 hier nicht schlimmer vorgekommen ist. Alles ist mit Schnee und Eis bedeckt. Die Straßen befinden sich in einem unbeschreiblichen Zustande. Die Telegraphenbrücke nach Staten Island, Sandy Hook und Fire Island sind zerstört, jedoch das Signal-netz am Anknüpfen des "Kronprinz Wilhelm" auf dem gewöhnlichen Wege unmöglich ist. Wenn die Telegraphenbrücke nicht bis Abend wiederhergestellt wird, wird die Ankunft des "Kronprinz Wilhelm" hier nicht bekannt sein, bis er sich wirklich im hiesigen Hafen befindet, doch wird die Ankunft des Dampfers jetzt nicht mehr vor Witternachts oder morgen früh erwartet. Das Geschwader des Admirals Coats ist im Eise fest und ist ohne Verbindung mit dem Lande. Gegen den Krieg. In Buenos Ayres und in Santiago hatten die Sozialisten und die Frauenteile große Meetings einberufen, um gegen den Krieg zwischen Argentinien und Chile zu protestieren. Es ist dabei zu Zusammenstößen zwischen diesen und der Kriegspartei gekommen; auf Seite der letzteren, die man Patrioten nennt, fand die Polizei.

Afrika. Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz wird ein Erfolg der Engländer gemeldet. Lord Ritzner telegraphirt aus Pretoria vom 21. Februar: Oberst Bart übernahm an der Spitze einer Abtheilung, bestehend aus britischen Mannschaften, 300 Büren und erzielte viele Wunden, Maul-thiere ufm. Unter den Gefangenen befinden sich Feldcoronet Dutoit, G. Joubert, A. Dejonger und Leutenant Blijden. Engl.-seitig keine Verluste. Dem Bonhoner "Standard" wird aus Pretoria berichtet, daß der Durchbruch Dewets durch die Bloekbaadlinie nicht mit der Romantik sich vollzogen habe, wie offiziell berichtet worden ist. Dewet sei vielmehr in der Nacht vom 10. auf den 11. Februar in aller Gemüthsruhe durch die Linie gegangen. Einige Mann seiner Abtheilung durchdrangen in aller Ruhe den Stachelstrauch-saum an dem erwähnten Punkte und machten auf diese Weise den Weg für das ganze Kommando frei. Wo waren nun die heldenmuthigen Vertheidiger der Bloekbaadlinie? Sie scheinen sich hinter ihren Wällethürmen behaglicher gefühlt zu haben, als in einem Kampfe mit Dewet. Aus Ostbrom wird gemeldet, daß Dewet sich in den Schlafwäldern des Gebirges, das sich längs des Liebenberg-Oel-Flusses hinzieht, befindet.

Soziales. Auf dem Ruhr-Rohlenmarkt sieht es trostlos aus. Nicht 885 Vergleute, wie erst gemeldet wurde, kommen infolge der schlechten Absatzverhältnisse außer Beschäftigung, sondern es sind 800—1000 Mann, wie der "Rln. Volksztg." von sachmännlicher Seite gemeldet wird. Aber damit ist der Arbeitslosigkeit noch nicht Ein-

halt geboten, vielmehr bekräftigt der Bericht-erstatler, daß es bei diesen Arbeitsentlassungen nicht sein Brechen haben wird, daß diese Maßregel vielmehr auch in der Zukunft sich wiederholen wird; denn die Lage der Sachen verschlechtert sich unerbittlich; gegenwärtig ist auch kein Ausblick auf Besserung vorhanden. Der Wäldung im Absatz ist, solange es einen reichlich-messigen Rohlenbergbau gibt, noch nie (so ausfallend gegeben, wie gerade jetzt). Die Zehner-besitzer und nicht am wenigsten die Seidenherren leben ruhig ab. Wenn im Monat Januar die gesammte Förderleistung (schon knapp an die beschlossenen 20 Prozent reichte — dieselbe betrug 19.97 Proz. — so wird der laufende Monat diese sichtlich übersteigen; denn bereits haben sich eine Anzahl Zechen gewonnen gesehen, freiwillig über die 20prozentige Förderleistung hinauszugehen. Ob es daher für die Zukunft bei dieser Lage wird, erscheint fraglich; jedenfalls wurde in der am Sonnabend stattgefundenen Sitzung des Rohlen-syndikats darüber näher mitgeteilt. Bei der freiwilligen Förderleistung haben die Zechen verhältniß-mäßig besser und erlebten nicht so viel Schaden, als wenn sie die gebotenen Kohlen ausgeben und verkaufen lassen müßten.

Aus Stadt und Land. **Mont, 24. Februar.** Eine Kreiskonferenz der oberen Klassen von Neubrandenburg A und B, sowie Stadt H und C, findet in der ersten Pflanzzeit durch Seminar-Übersetzer Ellen statt. **Kirchliche Straßengänge.** Gestern ist ein Vertreter der Firma Rötting hier eingetroffen, um sich genaue Unterlagen zu dem Plan und Kostenanschlag für die projektirte Straßengänge zu beschaffen.

Auch der zweite Theater Abend des Gewerkschafts-festivals, welcher am Sonnabend in der "Küche" stattfand, war gut besucht. Zur Auf-führung gelangte bekanntlich das schon vielfach über die Bretter gegangene Volksstück "Rein Leopold", das man aber immer wieder gerne ansieht und anhört, zumal wenn die Spieler auf dem Buhnen sind, wie das auch am Sonnabend der Fall war. Einzelne Rollen wurden mehrmals aufgeführt, so vor allem die des Gottlieb Weigell, den natürlich wieder Herr Star gab. Er ledte durch sein hinterzogenes Spiel le mandem weit geklammert Gemüth eine Thräne hervor. Auch seine Gesangsparthe war sehr naturgetreu und einem ungeklärten Schüchtern-melodie angepaßt. Schade nur, um die schöne Melodie des bekannten Refrains "Reine eigene Passion" u. Die übrigen Gesangsparthe lagen in guten Händen. Im allgemeinen sprach das Stück sehr an, ebenso wie dasjenige, welches am Freitag im "Zirkel" zur Aufführung kam. Ohne Zweifel wird durch Arrangement solcher Abende das Interesse für diese geistige Koll in den weiteren Volkskriegen hier nicht immer mehr geringer. Mit Bedauern muß man hier aber noch immer wahrnehmen, daß verschiedene Besucher zu solchen Vorstellungen nicht hingehen, um sich am Spiel und am Stück zu erbauen, sondern scheitern um sich zu belustigen. Solche Leute in vor Allem eine Hauptrolle. Wer viele nicht bezahlen kann, sollte lieber in seiner Klasse bleiben und nicht den übrigen Theaterbesuchern den Genuß verweiden. Das gilt auch für diejenigen, welche vom Puffen befallen sind. Daß Schülern im Allgemeinen nicht im Theater gehen, sollte man auch wissen. Was soll man aber dazu sagen, wenn selbst Leute das Theater selbst be-suchen? Da hört die Gemüthlichkeit auf, zumal wenn so ein Hundewitz in der rührendsten Scene ebenfalls vom "Puffen" befallen wird, wie dies am Sonnabend der Fall war. So etwas darf einfach nicht wieder vorkommen. Kann sich ein Hundebesitzer von seinem Hund nicht trennen, so soll er sich mit ihm zu Hause hinter den Ofen legen und ihm dort einen Kanarienvogel bereiten. Auch der Treuen der "Arde" erregt immer noch viel Aergerniß. Es muß Bedingung sein, daß während des Spiels das Publikum aufhört. Durch die ziemlich ausgedehnten Pausen kann dem Bedürfnis der Besucher und des Witzes genügend Rechnung getragen werden. Genußvoll könnte Fährge getroffen werden, daß der Zuschauer von Bier resp. das Spülen der Offiziere während des Spiels an anderer Stelle erfolgt. Die in der Nähe des Treiens sitzenden Personen haben sonst von dem Theater keinen Genuß. Wenn alle derartigen und andere Störungen vermieden werden, dann erst bietet ein Theater-abend, wie er gedacht ist, den richtigen Genuß.

Gegen verschiedene weibliche Personen aus hiesiger Gegend soll demnach Termin vom Landgericht in Oldenburg ansetzen. Sie sollen sich gegen das kinnende Leben vergangen und mit der dergest in Oldenburg verhafteten Hebamme in Verbindung gehalten haben. Ein Schenkener entland gestern in dem Hause und der Wohnung des Kaufmanns Pandober in der Neuen Wilhelmshoener Straße. Die Ursache des Feuers scheint ein leicht-erregter und leicht verschlossener Schornstein gewesen zu sein. Das Feuer wurde vor Anknüpf der schnell alarmirten Feuerwehr von den Kauf-ber wohnern gelöscht. Der Schaden, den das Feuer angerichtet, wird auf 150 M. geschätzt. **Kaufgeleitig** wurde gestern Abend, daß der fünfjährige Sohn des Kadettes D. in der Besen-haus abhanden gekommen war. Der Junge

wurde in Neuende aufgegriffen und nach seinen sich anschließenden Eltern gebracht.

Das gelinde und sonnige Winterwetter hatte am gestrigen Sonntag wieder Zustände ins Freie gelockt, und insbesondere war es der Kanal, welcher recht anziehend wirkte. Trodem die Fischerei nun nicht gerade schön zu nennen war, da das Eis am Tage in der schon frostlosen Sonne allmählich zu schmelzen beginnt, tummelten sich doch viele auf derselben oder ellten auf blankem Stahl dahin. Andere Ungeduldige manövrierten am Kanal entlang und sahen sich das Treiben an. Im Lande wurden währenddem an manchen Stellen heftige Kämpfe im Klot-weisen ausgefochten. Dieser Wettkampf wich auch hier noch gerne aufgeführt. Von ganz besonderem Interesse soll aber, wie uns gemeldet wird, der geistliche Kampf gewesen sein zwischen Einwohnern von Bant und Heppens, da sich gleichgewandte Kräfte gegenüberstanden. Schließlich legten die Heppenser mit einem guten Resultat den Kampf nieder.

Neinander getrieben gefahren Abend auf dem Eise des Banters Danks ein Jährling mit einem Torpedoboot. Ersterer soll auf dem letzten in unangenehmer Weise angeschlossen haben, infolgedessen bald eine Dauer entstand. Ein allgemeiner Aufruhr war die Begleiterscheinung.

Recht ungemütlich ging am Freitag eine Geburtstagsfeier in der Hörsenstraße aus. Nach Witternacht bekamen die Geburtstagskinder unter sich Streit, in dessen Verlauf einer derselben von einem anderen mit einem Messer einen gefährlichen Stich auf den Kopf erhielt. Der Verletzte mußte sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen und hütet jetzt das Bett. Für den Messerhelden wird die Sache noch ein böses Radspiel haben.

Diesjährigen Arbeiter-Notizkalender sind, der in früheren Jahren um diese Zeit stets vergriffen war, machen wir darauf aufmerksam, daß infolge höherer Auflage noch Exemplare zu haben sind. Durch seinen reichhaltigen Inhalt (besonders Reichthumswahlstatistik, die neuen Verträge über Arbeitsverhältnisse, Unfallversicherung, die Rechte der Arbeiter, Sekretariate und Gewerbe-Inspektoren, Streit-Schlichtung, Volkshilfsvereine, Militärdienst, Posttarif, Einnahme- und Ausgabe-Tabellen usw.) ist dieser Kalender für alle gewerkschaftlich und politisch interessierten Arbeiter ein nützlich und unentbehrliches Taschenbuch fürs ganze Jahr. Wir empfehlen die Anschaffung jedem Arbeiter.

Wilmshausen, 24. Februar.

Bernhard Denninghoff. Der hier allgemein bekannte Literat Bernhard Denninghoff ist am Freitag Mittag in München im Diakonienhause, woselbst er von einer schleichen, tödtlichen Krankheit heilung suchte, im Alter von 45 Jahren verstorben. Er hatte einen hochbegabten Kopf und einen edlen Charakter.

Die neue Postkarte. Nach einem zwischen der Reichs-Postverwaltung und der königlich württembergischen Postverwaltung abgeschlossenen Uebereinkommen werden vom 1. April d. J. ab für das Reichs-Postgebiet und für Württemberg gemeinsame Postwertzeichen mit der Aufschrift „Deutsches Reich“ eingeführt. Mit dem Verkauf der neuen Postwertzeichen wird am 20. März begonnen werden; jedoch sind die neuen Postwertzeichen nicht vor dem 1. April zur Verwendung gültig. Die zur Zeit im Reichs-Postgebiet umlaufenden württembergischen Postwertzeichen mit der Aufschrift „Reichspost“, und zwar die letzte Ausgabe mit dem heraldischen Adler und die laufende Ausgabe mit der Germania, werden mit Ende März d. J. außer Kurs gesetzt; diese Marken dürfen daher nach dem 31. März nicht mehr zur Verwendung von Postämtern oder Telegrammen benutzt werden. Es empfiehlt sich, beim Einkäufe von Freimarkten, Postkarten usw. auf die bevorstehende Einföhrung neuer Postwertzeichen Rücksicht zu nehmen und nicht zu große Markenbestände vorräthig zu halten. Unverändert geliebte Marken der zur Zeit im Reichs-Postgebiet gültigen Postwertzeichen können in der Zeit vom 20. März bis Ende Juni dieses Jahres bei den Reichs-Postämtern und den königlich württembergischen Postämtern gegen neue Postwertzeichen umgetauscht werden; auch tauschen die Reichs-Postämtern in derselben Zeit unverändert geliebene württembergische Postwertzeichen gegen neue gemeinsame Reichs-Postwertzeichen um. Eine Einföhrung alter Postwertzeichen gegen baar ist dagegen ausgeschlossen.

Barel, 24. Februar.

Immer unzufrieden. Ist die Ernte eine reichhaltige, so klagen so viele Landleute, daß die Preise zurückgehen; ist dagegen eine Misperte und gehen infolgedessen die Preise hoch, so klagen dieselben Leute, weil sie nun nicht genügend zu verkaufen haben. So ähnlich machen es auch die Eisenwerksgenossenschaftler in Althausen. Als im vorigen Jahre die Eier zu hohen Preisen nach dem Inbuhrtgebiet von Rheinland-Belgien gingen, da hätten sie gerne geerget, wenn jedes Huhn mindestens zwei Eier pro Tag legte; heute aber, wo der Bestand infolge der Arbeitslosigkeit in der Industrie nachgelassen hat, klagen sie über den geringen Januar, der die Hühner nun legen verleiht. Das Wertvollste ist dabei, daß diese Althausener Gebrüder nach dem Vorbild des Staates eine Arbeitslosigkeit betreiben. In einem Eingelände in der „Rhein Zeitung“ wird nun vorgeschmet,

wie nothwendig es ist, daß durch einen recht hohen Zoll die ausländischen Eier dem heimischen Markt verdrängt werden. Der Eisenberg geht hierbei mit der Hühnererei ebenso um, wie der Landwirth aus dem Umgegend, der am Freitag Morgen im Eisenbahnhause einen Dickschiff erbaute, die Landwirthschaft könne nur durch hohe Zölle gerettet werden; ihm J. H. hätte jeder gewöhnliche Arbeiter im vorigen Jahre sechs bis sieben Mark täglich gefohrt und für diesen Preis wäre es ihm noch nicht möglich gewesen, immer Arbeiter zu bekommen. Selbst dem Serrnann, der doch gewiß an Reinen Tafel gewohnt ist, schien die Sache ungläublich, denn er erkundigte sich nach den Ausgaben des Landwirths nach dessen Namen und Wohnort, um, wie er zu verstehen gab, sich weiter belehren zu lassen.

Ein so angenehmer Eindruck die Stadt Barel im Sommer den Fremden macht, einen so unangenehmen würde es auf sie machen, wenn er um die jetzige Zeit unsere Stadt besuchte. Bei dem vor einigen Tagen eingetretenen Schneewetter wurden die Bewohner angehalten, die Straßentinnen vom Eis frei zu machen. Dabei ist es ihnen erlaubt, das Eis an den Hauptstraßen aufzuhäufen, wo es dann liegen bleibt, bis Frau Sonne die Nacht geminnt, das Eis in Wasser zu verandeln. Als wieder Frostwetter eintrat, bildeten die aufgehäuften Eishöfen geradezu ein Verkehrsbehinderniß. Es wäre daher sehr angebracht, wenn seitens der Stadtbehörde Anstalten getroffen worden wären, daß die Eishöfen von den Straßen entfernt würden. Arbeitslose, die sich gerne einen Tagelohn verdienen möchten, gibt es auch hier zur Genüge. — Ferner wird gefogt, daß die Pumpe vor dem Henseischen Hause auf dem Schloßplatz seit langer Zeit kein Wasser giebt und die Anwohner gezwungen sind, das Trinkwasser aus weiterer Entfernung herbeizuschaffen.

Sailorarbeiter

vergehen so oft, wenn sie außer Arbeit treten, ihre Invalidentarte in Ordnung zu halten. Kommt nach der Zeit, so wie Gebrauch davon machen müssen, so ist meistens nicht die genügende Anzahl Marken zu haben. Ebenso wird vielfach vergessen, sich die Krankenversicherungsbescheinigung zu lassen. Diese Unterlassungsünden sind später in den wenigsten Fällen wieder gut zu machen.

Oldenburg, 24. Februar.

Paul Gähre, Pastor a. D., wird in der am Sonntag den 1. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Vereinshaus, Nellenstraße, stattfindenden Volksversammlung referiren über das Thema: „Die Partei der Zukunft“. Nach dem Vortrag findet freie Diskussion statt, jedoch sich die Beranmlung sehr interessant gestalten dürfte. In Hinsicht auf den äußerst zahlreichen Besuch, der zu erwarten steht, wird um recht pünktliches Erscheinen ersucht.

Die Forderung der Dividende pro 1901 um 9 Prozent nach rückwärts Abgrenzungen auf die Bankguthaben und Dotierung des Vorstands-Vorstands sind der auf den 25. März d. J. zu bewertenden Generalversammlung der Oldenburgischen Spar- und Leihbank vorgeschlagen worden.

Der Verband deutscher Glasfabriken, der sich kürzlich gebildet hatte, hat sich bereits wieder aufgelöst, weil eine Einigung über die Festlegung eines Einheitspreises nicht erzielt werden konnte.

Um die Gefährdung zu heben, haben sich im Lande an den verschiedensten Orten Gefährlichkeitsvereine gegründet, die wieder unter sich den Verband der oldenburgischen Gefährlichkeitsvereine bilden. Die Delegirten dieser Vereine, etwa 15 an der Zahl, waren gestern hier versammelt. Zunächst wurde die Rechnung des Verbandes pro 1901 abgelegt. Die Einnahme betrug 1311,41 Mk., die Ausgabe 1162,40 Mk. An Zuschüssen waren im vergangenen Jahre zu verzeichnen: vom Landeskulturfonds 93,26 Mk., vom Staat 450 Mk. und von der Landwirthschaftskammer 250 Mk. Eine längere Debatte entspann sich dann über den Antrag Oldenburg, daß jeder Verein, ob groß oder klein, 10 Mk. Verbandbeitrag pro Jahr zahlen soll. Es betragt der Beitrag pro Mitglied und Jahr 30 Pfg., jedoch mindestens 10 Mk. für den Verein. Der Antrag, von dessen Annahme die Oldenburger gleichgültig ihre weitere Mitgliedschaft abhängig machen, wurde abgelehnt. — In den Verband wurden sodann aufgenommen die Vereine von Lohne und Einlage. Als Bericht für 1902 wurden vorgeschlagen die Herren Warten-Beithe, Geamer-Beithe, Sieben und Oetlich-Wagdeburg, Pöger-Wilmshausen und Wüthen-Bergedorf. — Die nächste Verbands-Gesamtsversammlung soll am 22. und 23. Juni d. J. in Cloppenburg stattfinden. Da vom Landeskulturfonds 100 Mk. zur Vermitlung von Gefährlichen ausgesetzt werden, wurde Bürgermeister Schärer-Wilmshausen zur Regelung dieser Veranlung gewählt. — Im Weiteren wurde die Anregung gegeben, eine Generatvorenversammlung zu gründen. Es sollen die Vereine hierzu Stellung nehmen und bis zum 1. April hierüber Bescheid bringen. Die bis jetzt bestehenden Gefährlichkeitsvereine sollen sehr gut arbeiten, da die Nachfragen nach abgestempelten, garantirt reinen Bier eine immer regere wird.

Der immer mibehandelte Insanierist Serrnann, dessen Feind, der Unterförster Brand, für die Mißhandlungen eine Gefängnisstrafe verdidt,

soll, nach ungeworbener Mithheilung, schon seit langer Zeit rechtskräftig gefogt sein. Serrnann soll nach dem Mandat vom 26. September bis 13. November v. J. nahezu ununterbrochen im Arrest gewesen haben. Gleich darauf trat die Röhrenverletzungen ein. Nachdem Serrnann erst hier im Lazareth behandelt worden ist, wurde er nach Hannover ins Lazareth transportirt, jedoch nach längerem Aufenthalte von dort aus wieder nach Oldenburg zurück transportirt. Der unglückliche Serrnann soll an Verensblutungen erkrankt sein, so daß er wohl als Invalide entlassen werden muß. — O, welche Lust, Soldat zu sein!

Bremervorhaben, 24. Februar.

Die Anlage einer amerikanischen Werft unterhalb Bremerhaven, soll, wie der „Berliner“ gemeldet wird, von amerikanischen Firmen Geann beabsichtigt sein. Die Bremerhavener sollen sich jetzt bemühen, die kaiserliche Genehmigung des Anschlusses der projektierten Werft an die Hafenanlagen zu erlangen. Mit der Werft soll eine Maschinenfabrik mit Schleifen verbunden sein; auch soll eine Lokomotiv- und Eisenbahnwerkstatt in Aussicht genommen sein. — Das Nähere an der Zeichnung ist, dürfte sich gewiß bald zeigen.

Wädel, 23. Februar.

Die Wädeler Genossenschaftsbankerei, G. & M. A. D., nennt einen erfreulichen Aufschwung. Der Umsatz, der sich im letzten Jahre um 27 000 Mk. vermehrt hat, betrug 422 329,95 Mk. Es wurde ein Reingewinn von 25 271,62 Mk. erzielt, davon wurden abgeschrieben 10 433,70 Mk., so daß ein Netto-Reingewinn von 14 837,92 Mk. resultirt. Es sollen 20 Prozent Dividende verteilt werden.

Das Wädelische Staatsbudget schließt mit einem Ueberschuß von rund 300 000 Mk. ab. Daraus kommt noch das Mehrerlösbudget des neuen Bausteinsteuers im Betrage von 200 000 Mk., so daß rund 500 000 Mk. auf die Kreisverfassung angeworfen sind.

Aus den Vereinen.

Vereinskalender.

Bant-Wilmshausen. **Verband der Bauarbeiter.** Dienstag, 25. Februar, Abds. 8 1/2 Uhr: Besprechung bei Gaele, Schloßstr.

Yermisfates.

Die Einrichtung Kneißls hat am Sonnabend Morgen in Augsburg stattgefunden. Am Tage vorher hatten noch Mutter, Schwester und Tante den Berufsstellen beidat, ebenso sein Verteidiger Dr. v. Panwitz. Die Einrichtung fand um 7 Uhr statt. Vor dem Landgerichtshaus, einem schon mehrere hundert Jahre alten Hause im Südwesten der Stadt, hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden. Eine Abtheilung Oberauelers zu Pferd war ausgerückt, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Personen, die in das Innere des Hauses Zutritt hatten, waren schon vor 6 1/2 Uhr gekommen, nach dieser Zeit fand kein Einlaß mehr statt. Es hatten außer den offiziell anwesenden Herren des Gerichts und den zwölf Urlandspersonen nur noch etwa acht, meist Vertreter der Presse, Zutritt erhalten. Punkt 7 Uhr trat Kneißl, der eine ruhige Nacht verbracht und etwa drei Stunden geschlafen hatte, aus dem Gefängnis in den Hof. Zu seiner Seite gingen die Nachrichtsbegehren, die ihn unter den Armen stützten. Kneißl, der freudbedeich und in ein lila Strickgewand gekleidet war, ging aufrecht Schrittes. Auf einem weiß gedeckten Tisch stand ein Krustei mit zwei brennenden Kerzen, bevor ein Stahl, auf den Kneißl niedergelegt wurde. Landgerichts-Sekretär Beck las nun im Beisein des ersten Staatsanwalts Wibel und der Landgerichtsräthe Weng und Obelmann dem Delinquenten das Todesurtheil nochmals vor, das Kneißl ruhig anhörte. Von dem Stuhle aus drehte sich Kneißl um; er wollte nach der Guillotine gehen, die ihm jedoch durch einen schwarzen Vorhang verdeckt war. Nach der Verhängung des Urtheils erhob sich Kneißl, nun wurden ihm von den Nachrichtsbegehren die Augen verbunden und die Hände am Rücken gefesselt. Von da ab vertriehen nur noch Sekunden bis zur Vollstreckung des Urtheils. Im Augenblick war der Delinquent die wenigen Stufen zum Schloß hinaufgestiegen und auf das Brett geschwungen. Seine gefesselten Beihände, Domkaplan Biele und Kopuzinierpater Archangelus Schwamghammer ließen zur Seite des Schaffots nieder und begannen laut das Vaterunser zu beten. Sie kamen nicht weiter, als bis zu den Worten: „Der Du bist in dem Himmel“, als auch schon das Fallbeil seine Arbeit gethan hatte. Während des Aktes war die Kneißlberglocke geläutet worden. Den Schlußakt der Exekution hatte der Nachrichter Franz X. Reichard vollzogen. Kneißl hatte am Morgen noch gebedichtet und kommentirt. Der Exekution schloß sich alsbald die Beerigung an, die in der für solche Fälle durch das Gefeg vorgeschriebenen punktföhen Weise unter kirchlicher Aufsicht im latholischen Friedhofe stattfand. Dieser war durch Schutzmannschaft abgeperrt; Zutritt erhielten nur die Mutter und die übrigen Verwandten Kneißls, einige Beamte und Vertreter der Presse. Als der Gefällige die letzten Jermomente bernbet hatte und die Worte sprach: „Der Gerechtigkeits ist Genüge gethan“, schrie Frau Kneißl laut: „Ja, der Ungerechtigkeits! Umbracht habe! Ihn, des Justizmörders!“

Ein gangbarer Betrachter, das vor 2 Jahren in Dörsen bei Dresden veridrt worden ist, hat die Polizei jetzt entridt. Darrauf hat der Staatsanwalter Betrach den bei ihm wohnenden Badewärter Betrach am 1. Januar 1900 erwidert und ihm seine Esparnisse in Höhe von 2500 Mk. abgenommen. Dem Betrach hat der Rödter Kopf und Beine abgepökt und in

die Erde geworfen. Durch einen Ring des Ermordeten, der Frau Betrach, ist das Verbrechen herausgefunden. Das saubere Ehepaar ist verpökt.

Brandunglück in Remvor. In der Freitag-Nacht ist die an der Ecke der Parfadenue und 34. Straße gelegene Wollfabrik des 71. Regiments niedergebrennt. Eine große Menge Patronen, die dabeiselt lagerten, sind erpökt; die Patronen lagen nach allen Richtungen. Die Flammen sprangen in die benachbarten Straßenbahnfahrpöten und in das mit Gassen dicht besetzte Parkanauer Hotel über, wo eine große Panik entstand. Um 3 Uhr Morgens sprangen eine Anzahl Bewohner des Hotels aus den Fenstern auf die Straße, wo sie mit gebrochenen Gliedern aufgehoben wurden. Der Wollfabrik-Besitzer und die Frau des Hotelbesizers sind tod, Admiral Müller ist tödtlich verletzt. Eine Mutter des Hotels und der Thurm sind eingestürzt; wie viele Personen noch unter den Trümmern liegen, ist unbekannt. Die Polizei ließ die Nachbargäuser räumen, viele Familien sind einflussweise in Stellungen untergebracht. Nach 4 Uhr Morgens gelang es, das Feuer Herr zu werden.

Bremse Pöspöchler.

Bremen, 23. Febr. Nach telegraphischer Mittheilung wurde der Dampfer des Norddeutschen Lloyd, „Radar“, mit dem englischen Dampfer „Aphelidaphia“ im Schlepplan, auf dem Atlantischen Ozean westwärts fuhr, angetroffen. Borausichtlich wird der „Radar“ den englischen Dampfer nach Halifax zu bringen veruchen.

Gleits, 23. Febr. Auf der Straße „Concordia“ bei Jatzbe wurden infolge eines Pfeilerbruchs zwei Feuer verfidrt. Einer war sofort tod, während der zweite kurz nach der Entlieferung im Lazareth seinen Verletzungen erlag.

Bretzburg, 23. Febr. In einem Kupferbergwerk in der Nähe der latholischen Stadt Radana ereignete sich ein schwerer Unfall, dem 600 Personen zum Opfer gefallen sein sollen.

Saku, 23. Febr. Die Ausgrabungen in Schmachta finden unter Leitung von Sappuren statt. Es sind in Schmachta 5 Rommelformen gebildet worden: eine medizinische, eine Berufsvereinskommission, eine Auswanderungs- oder Ueberseelungskommission, eine Ausgrabungskommission und eine Baukommission. Taglich verlassen Hunderte von Familien die Stadt, um großen Theil auf Rollen des Kommisses. — Im Ganzen sind 4500 Juchkas zerstört. In Schmachta sind Käse und Schmalz eingetroffen. — Seit zwei Tagen sind Toppus und Schmalz ausgebrochen. Menschen und Thiereleichen gehen in Verwesung über, es herrscht großer Mangel an warmen Räumen.

London, 23. Febr. Der frühere Kommit des Liverpooler Bank Gaudie, der die Bank durch Wechselstellungen um 170 000 Sterling geschädigt hat, wurde vom Zentralstrafgerichtshof zu zehn Jahren Zuchthaus verurtheilt. Von den drei Spiegelbildern Gaudies, die seinen Raub theilten und ihn ihrerseits wieder betrogen, ertheilten der eine zehn, die beiden anderen je zwei Jahre Zuchthaus.

Ganais, 23. Febr. Es herrscht noch immer heftiger Sturm. Ein Passagierdampfer wurde durch einen Zusammenstoß mit einem anderen Schiff sehr schwer beschädigt und sank langsam. Die Mannschaft ist gerettet.

Telegraphische Nachrichten und Besprechungen.

Barcelona, 24. Febr. Die Arbeitgeber verweigerten den Arbeitern den für die nothwendigen Zwecke erforderlichen Lohn. Im Einvernehmen mit dem Generalkapitän beschloßen die Arbeitstenden, den Betrieb wieder aufzunehmen. Man glaubt aber, daß die meisten Arbeiter die Arbeit nicht aufnehmen werden. In Berglan angetommene Reisende berichten, daß die Aufständigen in sehr arger Stimmung seien, weil die Behörden sich weigern, ihre bestohlenen Fährer freizulassen. Während die Jettungen keine Sieger bekommen können, lassen die Soldaten (?) und Anarchisten Mauererinsidiren drucken, worin die Arbeiter zur Fortsetzung des Kampfes aufgefordert werden. Anstehende Schiffe verlangen Schadenersatz, weil sie ohne Ladung wieder abfahren müssen.

Vietoria, 24. Febr. In der Nacht zum 20. Februar griff ein 300 Mann starke Bataillon unter dem Kommandanten Bredie die Blockade des Franzosen an. Unterthut von einer anderen aus Sidon kommenden Bataillon griffen der Engländer und drachen durch. Bredie Buren wurden erschossen.

Briefkasten.

Einig. Wilmshausen. Das anonym eingehende Juletten legen wir gerne mit ad acta. Aber sind zu dem politischen Wüthig können wir beidals nicht werden, ehe die sich nicht beidat zeigen haben. Distriktion ist für uns überflüssig. — Chrenburg. Gehört ein berufliche Betrug, wie Sie ihn vorbrachten, nicht aber die guten Eitten veridrt, hat er Gültigkeit.

Oldenburg. Inmtergetliche Kaufs in der latholischen Kirche und Qualifikationserklärung eridrt: A. Heilmann, Reichenstraße 12b. Das werden die latholischen Wüthigen über die Wüthigenhaltung der Arbeiter-Insidire zur Wüthigenhaltung an die Wüthigenhaltung eridrt. Erwidern genommen, sowie nach die Wüthigen zur Erwidern der Oldenburger Staatsanwaltschaft angefragt. Gewerkschaft. Nach. von 1 1/2 bis 3 1/2, Abds von 8 1/2 Uhr.

